



Auftakt zur Kabinettsitzung: Auf der CDU-Seite sitzt Ministerpräsident Peter Harry Carstensen auf seinem Stammplatz zwischen den Staatssekretären Heinz Maurus und Klaus Schüler. Ganz links Landwirtschafts- und Umweltminister Christian von Boetticher, rechts Finanzminister Rainer Wiegard. Foto tas

Die Kreise unter Druck

Innenminister legt Vorschlag für vier kommunale Verwaltungsregionen vor – Gesetzentwurf im Herbst

Kiel – Die große Koalition hat einen weiteren Pflock eingeschlagen: Gegen alle Widerstände legte Innenminister Ralf Stegner gestern seinen Vorschlag für vier kommunale Verwaltungsregionen vor.

Von Bodo Stade

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände waren zwar am Vormittag zur Kabinettsitzung geladen worden. Doch die Lufthoheit bei diesem Thema lag eindeutig beim Innenminister, der am Nachmittag auftrumpfte: Da sich die Kommunen nicht auf einen einvernehmlichen Vorschlag einigen konnten, habe das Land dies übernommen, erklärte Stegner. Wie bereits berichtet sind vier große Ver-

waltungsregionen geplant, die für bis zu 976 000 Einwohner (im Einzugsgebiet Kiel, Neumünster, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg) zuständig sind. Ziel ist es, ein ganzes Bündel von Landesaufgaben auf die kommunale Ebene zu verlagern. Dazu zählen der Immissionschutz, das Wasser- und Abfallwirtschaftsrecht, die Arbeitssicherheit, die Flurneuordnung, das Kataster- und Vermessungswesen sowie die Aufstellung von Regionalplänen. Die 950 Beschäftigten, die derzeit in diesen Bereichen tätig sind, sollen ebenfalls zu den Verwaltungsregionen wechseln. Die Kosten werden vom Land erstattet.

Der Vorteil? Die Kreise und kreisfreien Städte bekämen auf diese Weise die Möglichkeit, ihre kommunalen Auf-

gaben mit den bisherigen Landesaufgaben zusammen zu führen und teure Doppelstrukturen abzubauen, erklärte Stegner. Ein Paradebeispiel ist die Überwachung von Abwasseranlagen. Für Gewässer erster Ordnung sind bisher die Staatlichen Umweltämter zuständig. Für Gewässer zweiter Ordnung die Kreisebene. Die Aufgaben sind allerdings weitgehend identisch und könnten auch von einer Stelle erledigt werden. Ähnliches gilt für die Genehmigung von Windkraftanlagen, für die sowohl die Kommunen als auch – ab 50 Meter Höhe – die Umweltämter zuständig sind.

Wie die Kreise die Aufgaben künftig organisieren, will der Innenminister ihnen allerdings nicht vorschreiben. Es sei durchaus denkbar, dass ei-

ne Aufgabe von einem Kreis für die gesamte Verwaltungsregion wahrgenommen werde. Davon, dass die Kommunen mitspielen, ist Stegner überzeugt. „Die Effizienzgewinne werden es ihnen erleichtern, ihren Anteil an der erforderlichen Konsolidierung des Haushaltes zu erbringen“, formulierte der Innenminister. Im Klartext: Die Kreise und kreisfreien Städte werden jede Einsparmöglichkeit nutzen müssen, weil sie in den kommenden beiden Jahren kräftig zur Kasse gebeten werden. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat bereits klar gemacht, dass an einer Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um jeweils 120 Millionen Euro kein Weg vorbei führt.

Die Landkreise laufen aber noch aus einem anderen

Grund Sturm. Trotz aller Be- teuerungen aus dem Regierungslager, dass eine Gebietsreform von oben nicht geplant sei, befürchten sie, dass sich aus den Verwaltungsregionen über kurz oder lang Großkreise bilden könnten. Nicht zu Unrecht. Auch Stegner mochte nicht ausschließen, dass sich eine eigene Dynamik entwickeln könnte.

Die Kritik, die auch aus den Reihen des Koalitionspartners laut wurde, ließ den Innenminister indes unbeeindruckt. Er rechne nicht damit, dass es am Gesetzentwurf, der dem Kabinett im Herbst vorliegen soll, „substantielle Veränderungen“ geben werde, sagte der Minister und erklärte im selben Atemzug auch warum: „Wankelmütigkeit ist im Übrigen nicht beim Regierungschef zu suchen.“

KN, 26.04.06,
S. 17